

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 27 (1948)
Heft: 3

Artikel: Neuere Ideen zur Finanzpolitik
Autor: Sturmthal, Adolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335965>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialistische Monatsschrift

ROTE REVUE

27. Jahrgang

MÄRZ 1948

Heft 3

ADOLF STURMTHAL

Neuere Ideen zur Finanzpolitik

Neuyork, Ende Januar 1948

Der Zweck dieses kurzen Berichtes ist es, den Leser mit den Grundzügen neuerer finanzpolitischer Ideen vertraut zu machen, die im Verlaufe der letzten zwölf Jahre in der angelsächsischen Literatur vertreten worden sind und eine dauernde Wirkung auf das Denken der Volkswirtschafter und der öffentlichen Meinung gehabt haben. Dieser Aufsatz ist daher im wesentlichen ein Referat, in dem ich nicht meine eigenen Gedanken, sondern die anderer Autoren darzustellen suche. Dem Eingeweihten wird die Zahl zwölf im ersten Satz eine bestimmte Absicht vermittelt haben: vor zwölf Jahren, im Jahre 1936, erschien Keynes' Hauptwerk «Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes» (auch die deutsche Übersetzung von F. Waeger erschien im Jahre 1936). Die Ideen, die ich darzustellen beabsichige, gehen ganz deutlich auf Keynes zurück. Die Autoren, die diskutiert werden, sind zur Hauptsache: die beiden Professoren der Harvard-Universität Seymour *Harris* und Alvin H. *Hansen*, von denen besonders der letztere als Berater des amerikanischen Zentralbanksystems (Federal Reserve System) bis vor kurzem eine große Rolle spielte; Gerhard *Colm*, einer der hohen Beamten im Amt der Wirtschaftsberater des Präsidenten; Abba *Lerner*, der bis vor kurzem in Neuyork und nun am Roosevelt College in Chicago unterrichtet. Die Gedanken, die sie vertreten, sind von der traditionellen Lehre weitaus abweichend. Es wäre falsch, stellte man sich vor, daß diese neuen Gedanken auch schon allgemein akzeptiert wurden und die amtliche Politik entscheidend beeinflussen. Aber daß sie im Vormarsch sind, durchaus ernst genommen werden und Gegenstand ständiger Auseinandersetzung sind, läßt sich kaum bestreiten.

Die Staatsschuld

Einer der möglichen Ausgangspunkte für die Darstellung dieser neuen Ideen ist die Analyse der Staatsschuld.

Eine Staatsschuld, deren Obligationen ausschließlich in den Händen der Bürger des eigenen Landes sind, ist nichts anderes als eine Schuld der Staatsbürger an Staatsbürger, nämlich der Steuerzahler an die Gläubiger des Staates, also an die Inhaber der Obligationen. Der Schuldendienst oder die Tilgung der Schuld ist daher im wesentlichen eine Übertragung von Kaufkraft von einer Gruppe von Staatsbürgern an eine andere. Grundsätzlich bedeutet das, daß die absolute Höhe der Staatsschuld keinerlei Einfluß auf Volkeinkommen und Volksvermögen hat. (Nur insoweit als eine Neuverteilung des Volkseinkommens den Verwendungszweck der so übertragenen Kaufkraft ändert, ist eine Wirkung auf die Höhe des Einkommens denkbar.) Die Propheten der Katastrophe in Amerika, die den Zusammenbruch des Landes im Jahre 1935 für unausweichlich hielten, weil die Staatsschuld die Ziffer von 50 Milliarden Dollar erreichte, sehen zu ihrem Erstaunen, daß das Land durchaus in Ordnung ist, ja die größte Prosperität seiner Geschichte zu verzeichnen hat, obwohl die Staatsschuld nun schon beinahe 300 Milliarden beträgt.

Daraus ergibt sich nun freilich nicht, daß Änderungen in der Höhe der Staatsschuld belanglos seien. Die absolute Höhe der Schuld — wohlgemerkt einer Schuld, deren Obligationen im Inland sind — mag ökonomisch von geringer Bedeutung sein. Änderungen in der Höhe der Schuld sind außerordentlich wichtig. Sie sind in den letzten Jahren zu bedeutungsvollen Werkzeugen staatlicher Wirtschaftspolitik geworden.

Eine Erhöhung der Staatsschuld bedeutet im allgemeinen, daß der Staat mehr ausgibt, als er einnimmt; eine Verringerung der Staatsschuld das Umgekehrte. Im ersten Fall fügt der Staat dem Einkommensstrom mehr hinzu, als er in der Form von Steuern ihm entnommen hat: das Volkseinkommen, gemessen in der nationalen Währung, nimmt zu. Im zweiten Fall nimmt der Staat in der Form von Steuern mehr von den Bürgern weg, als er ihnen in der Form von Ausgaben zurückgibt (die Differenz wird zur Schuldenzahlung verwendet, schafft also keine Einkommen). Gemessen in der nationalen Währung wird also der Einkommensstrom verringert.

Unter welchen Umständen soll der Staat das eine oder das andere tun? Wir sind gewohnt, eine Schuld als etwas Böses anzusehen, einfach weil es für den Staatsbürger gut ist, wenn er keine Schulden hat. Aber in der Ökonomie ist es nicht einfach so, daß, was für den Einzelnen gut ist, auch für die Ge-

samtheit nützlich ist. Es ist nicht unter allen Umständen von Vorteil, wenn der Staat seine Schulden zurückzahlt. Können wir eine Richtlinie finden, nach der wir im gegebenen Fall entscheiden können, was der Staat tun soll?

Die Antwort ist relativ einfach: in allen Situationen, in denen es wünschenswert ist, den Einkommensstrom zu vergrößern, ist eine Erhöhung der Staatsschuld von Vorteil; in Situationen, in denen der Einkommensstrom verringert werden soll, soll der Staat an die Tilgung der Staatsschuld schreiten. Die erste Situation ist im großen und ganzen jene, die man als deflationär beschreiben kann: der Einkommensstrom ist im Sinken, der Staat will die Deflation zum Halten bringen, den Einkommensstrom vergrößern — er gibt mehr aus, als er einnimmt, er schafft bewußt ein Defizit, er vergrößert die Staatsschuld. In einer inflationistischen Situation geschieht das Gegenteil: der Staat will die Inflation abstoppen, den Einkommensstrom verringern — er gibt weniger aus, als er einnimmt, die Differenz mag dazu benutzt werden, die Staatsschuld zu verringern.

Finanzpolitik und Arbeitslosigkeit

Was sich im letzten Absatz ausdrückt, ist eine wahre Umwertung der Werte, deren Bedeutung man nicht unterschätzen soll. Für die traditionelle Finanzpolitik gab es eine einfache Richtschnur: wenn immer möglich soll der Staatshaushalt ausgeglichen sein. Dazu gab es eine wesentliche Ausnahme: Für Kapitalanlagen, deren Lebensdauer das Fiskaljahr überschritt, war es zulässig — manche Autoren würden sagen: wünschenswert —, die Deckung auf die Lebensdauer der Anlage zu verteilen. Ebenso gab es für die Zentralbank eine relativ einfache Richtschnur: Ihre oberste Aufgabe war es, die Goldparität der Währung zu verteidigen.

Gegen beide dieser Zielrichtungen wendet sich die Kritik der neueren Autoren. Sie setzen sowohl der Finanzpolitik wie der Notenbank neue Aufgaben: Die oberste Pflicht ist es, einen möglichst hohen Beschäftigungsgrad aufrechtzuerhalten, ohne Inflation und ohne Deflation. Das bedeutet, daß das Volumen der Gesamtnachfrage nach Waren und Dienstleistungen in der Volkswirtschaft auf jenem Niveau gehalten werden soll, bei dem zu den gegenwärtig geltenden Preisen das gesamte Angebot verkauft werden kann. Die Gesamtnachfrage besteht aus zwei Teilen: Der Nachfrage, die von der Privatwirtschaft ausgeht, und jener, die von der Regierung geübt wird. Beide zusammengenommen sollen nach den Gedanken unserer Autoren auf jenem Volumen gehalten werden, das weder zu groß noch zu klein ist, um das gesamte Angebot zu den geltenden Preisen absetzen zu können.

Die Finanzpolitik wird also der Beschäftigungspolitik untergeordnet.

Diese Ideen gehen daher noch über das schwedische Budgetprinzip hinaus. Dort war bekanntlich die Frage gestellt worden, ob es einen besonderen Grund gebe, warum Staatseinnahmen und Staatsausgaben gerade innerhalb von zwölf Monaten ausgeglichen werden sollen. Dieser grundsätzlich astronomische Zeitraum möchte in einer vorwiegend landwirtschaftlich orientierten Wirtschaft noch seine Berechtigung gehabt haben. Die Umschlagsdauer der Landwirtschaft ist ein Jahr (zwar gewiß nicht immer und in jedem Sinne). Für eine vorwiegend industrielle Wirtschaft war ein Jahr eine höchst künstliche, vorwiegend traditionell begründete Zeiteinheit. Statt dessen schlugen die Schweden vor, daß der wirtschaftliche Kreislauf des Konjunkturzyklus zur Einheitsperiode gemacht werde: Staatseinnahmen und Staatsausgaben werden nicht für jede Periode von zwölf Monaten, sondern für einen ganzen Konjunkturzyklus, also sieben bis elf Jahre, ausgeglichen. Und zwar derart, daß in Perioden der Hochkonjunktur die Staatseinnahmen die Ausgaben überschreiten, was bedeutet, daß Reserven angesammelt und der Einkommensstrom verringert, das heißt die Gesamtnachfrage nach Waren abgebaut wird, während umgekehrt in Perioden der Depression die Staatsausgaben die Einnahmen überschreiten, so daß der Einkommensstrom wächst und die Gesamtnachfrage gesteigert wird.

Gegenüber dieser Theorie gehen die neuen Autoren noch einen Schritt weiter. Selbst innerhalb des Konjunkturzyklus ist ein ausgeglichenes Budget nicht notwendig. Nur ein Zufall könnte dieses Resultat haben — nämlich falls der Ausfall an Nachfrage während der Depression genau dem Überschuß der Nachfrage während der Hochkonjunktur gleichkäme. Einige der modernen Autoren — Alvin Hansen, Allen Sweezy und andere Anhänger der Lehre von der «Überreife» der amerikanischen Wirtschaft — sind der Meinung, daß in Zukunft im allgemeinen Depressionen häufiger und schwerer sein werden als die Hochkonjunktur. Eine richtige Finanzpolitik müßte daher zu einer ständigen Vergrößerung der Staatsschuld führen. Das bedeute aber kein ernstes Problem — und damit kehren wir zum Ausgangspunkt zurück —, solange die Staatsschuld im Lande selbst bleibe, stelle sie kein reales Problem dar. Es ist sogar nicht einmal sicher, ob selbst in diesem Fall der Anteil, den der Schuldendienst am Volkseinkommen darstellt, wachsen müsse. Nur dann, wenn — bei gleichbleibendem Zinsfuß — die Staatsschuld rascher wächst als das Volkseinkommen, würde das spezifische Gewicht des Schuldendienstes zunehmen. Anders ausgedrückt: falls die Staatsschuld in einem Jahr um eine Milliarde Dollar zunimmt, der Zinsfuß 4 Prozent beträgt, so wächst der Zinsendienst um 40 Millionen. Nehmen wir an, daß bisher die Schuld

100 Milliarden und das Volkseinkommen 50 Milliarden betragen habe, während nun die Schuld 101 Milliarden und das Volkseinkommen 55 Milliarden betrage. Das Volkseinkommen hat um 10 Prozent zugenommen, die Schuld um 1 Prozent und der Zinsdienst daher (da der Zinsfuß als unverändert angenommen wird) gleichfalls um 1 Prozent. Trotz dem Zunehmen der Schuld ist daher der Zinsdienst relativ kleiner geworden; die jährliche «Belastung» des Volkseinkommens — in Wahrheit stellt eine interne Schuld ja gar keine Belastung dar — ist zurückgegangen.

Alles das muß eine Reihe von neuen Fragen aufwerfen.

Kann denn der Staat immer borgen? Wie weit kann das gehen? Bringt das nicht die Gefahr der Inflation?

Funktionelle Finanz

Auf diese Fragen hat Abba *Lerner* in einem vielzitierten Aufsatz unter dem Titel «Funktionelle Finanz» zu antworten versucht. Funktionelle Finanz ist eine Finanzpolitik, die jede Fiskalmaßnahme vom Standpunkt der Wirkungen dieser Maßnahme auf die gesamte Volkswirtschaft beurteilt.

«Finanzpolitik operiert im wesentlichen», sagt Lerner, «mit drei Operationen: die Regierung kann Steuern einheben, borgen oder Banknoten drucken, um Einnahmen zu haben; welche von diesen drei Methoden sie wählen soll, hängt nicht von irgendwelchen unveränderlichen Gesetzen der Finanzpolitik ab, sondern von der wirtschaftlichen Lage und den Wirkungen, die jede dieser Operationen auf die Wirtschaft hätte. Die grundsätzliche Differenz ist zwischen Besteuerung einerseits, Borgen und Drucken von Banknoten anderseits. Genauer gesprochen, müßte man die Einteilung wie folgt vornehmen: Besteuerung und Borgen von Privatpersonen einerseits, Drucken von Banknoten und Borgen von Banken anderseits. Die erste Methode ist vorwiegend (aber nicht ausschließlich) eine Übertragung von Kaufkraft; die andere überwiegend (aber nicht ausschließlich) die Neuschaffung von Kaufkraft.»

Zwei interessante Fragen ergeben sich aus dieser Betrachtungsweise: Warum zahlen wir Steuern? Unter welchen Umständen wird die Neuschaffung von Kaufkraft zur Inflationsgefahr?

Vom Standpunkt der funktionellen Finanz aus gibt es nur einen wesentlichen Grund, warum wir Steuern zahlen; offenkundig nicht, um dem Staat Geld zu geben — er hat zwei andere Methoden zur Hand, um sich Kaufkraft zu verschaffen: Banknotendrucken und Borgen —, sondern, um zu bewirken,

daß der Steuerzahler weniger Geld habe. Der Hauptzweck der Steuern ist, die Kaufkraft in den Händen der Staatsbürger zu verringern. Das zeigt sich am klarsten, wenn wir uns eine Situation der Vollbeschäftigung vorstellen. Falls in dieser Situation der Staat eine neue Tätigkeit ausüben will, zu deren Verwirklichung Güter und Dienstleistungen notwendig sind, dann muß er diese von jenen wegnehmen, die sie derzeit benützen (Vollbeschäftigung bedeutet, daß alle bei dem gegebenen Lohnniveau angebotenen Dienstleistungen beschäftigt sind; falls der Staat sie benützen will, muß er sie daher von der bisherigen Beschäftigung losreißen). Das kann entweder dadurch geschehen, daß der Staat den in Frage kommenden Arbeitern mehr bietet, als sie in der bisherigen Beschäftigung erhalten — das Lohnniveau geht in die Höhe, Preise steigen, eine inflationistische Entwicklung setzt ein; oder der Staat verringert die Kaufkraft der Bevölkerung, reduziert ihre Nachfrage nach Dienstleistungen und setzt auf diese Weise die gewünschten Arbeitskräfte frei. Das ist der Zweck der Steuern. Es ergibt sich aus dieser Betrachtung, daß Steuern vor allem notwendig sind, wenn die Gefahr inflationistischer Entwicklung besteht. In einem gewissen Maß können Steuern durch Anleihen bei Privatpersonen ersetzt werden, nämlich dann, wenn solche Anleihen die Nachfrage nach Gütern, die von Privatpersonen ausgeht, reduzieren. Das trifft vermutlich vor allem dann zu, wenn die Anleihen aus laufenden Einkommen finanziert werden. Der Zweck der amerikanischen Kriegsanleihen war es nicht, dem Staat Geld zu geben, sondern die Kaufkraft in den Händen der Privatpersonen zu verringern. Der Staat wollte daher nicht jenes Geld, das ohnehin für Ersparnisse bestimmt war, sondern jene Beträge, die zu Ausgabenzwecken bereitgehalten wurden. Da man das im einzelnen natürlich nicht vorausbestimmen kann, behalf man sich mit der Theorie, daß jene Staatsobligationen, die aus laufenden Einkommen gekauft wurden, am ehesten Kaufkraft absorbieren würden, die sonst auf den Markt gekommen wäre. Daher die Propaganda für den Ankauf von Kriegsanleihen aus laufenden Einkommen.

Damit haben wir schon zum Teil die zweite Frage beantwortet. Ob die Neuschaffung von Kaufkraft in der Form von neuen Banknoten eine inflationäre Gefahr darstellt oder nicht, hängt davon ab, ob die neue Kaufkraft eine entsprechende Produktionszunahme hervorruft, so daß einer vergrößerten Zahlungsmittelmenge eine vergrößerte Menge von Gütern oder Dienstleistungen gegenübersteht. Nicht die Golddeckung, nicht das ausgeglichene Budget, sondern die Elastizität der Güterversorgung entscheidet, ob die Neuschaffung von Kaufkraft die Preise erhöht oder nicht. Im Zustand absoluter Vollbeschäftigung (wenn es so etwas, genau genommen, geben kann) ist eine

Ausweitung der Güterversorgung nicht möglich. Eine Zunahme der Kaufkraft kann daher nur inflationäre Wirkung haben, das heißt sie muß die Preise in die Höhe treiben. In der Mitte einer Depression ist es denkbar, daß die Kaufkraftsteigerung sogar eine Senkung der Preise zur Folge haben kann, nämlich dann, wenn es sich um das Produkt einer Industrie mit abnehmenden Kosten handelt, also im wesentlichen um monopolistische Produktionsformen. Zwischendurch muß es Fälle geben, in denen die Kaufkraftsteigerung sich sowohl in einer Vergrößerung der Produktion als auch in einer Preissteigerung auswirkt.

Die Frage des Kredites muß noch kurz erörtert werden. Wir haben zwischen Krediten bei Privatpersonen und Krediten bei Banken unterschieden. Das ist in Wahrheit eine grobe, ungenaue Unterscheidung. Worum es sich zur Hauptsache handelt, ist dieses: Gewisse Kredite bestehen darin, daß an die Stelle einer Person eine andere gesetzt wird, die nun über die bisher der ersten zur Verfügung stehende Kaufkraft disponieren kann. In andern Fällen handelt es sich um Kredite, die eine Neuschaffung von Zahlungsmitteln darstellen. Die erste Form ist typisch (aber nicht immer) der Fall, wenn eine Privatperson einer andern Kredit gewährt. Die zweite ereignet sich (aber nicht immer), wenn eine Bank einer Privatperson Kredit gibt. In diesem Fall wird das Verhältnis zwischen Bankreserven und Bankverbindlichkeiten reduziert. Nur insoweit als dieses Verhältnis ohnehin das legale Minimum erreicht hat, die Bank also ihre Verbindlichkeiten nicht mehr vergrößern kann, wird die zweite Form zur ersten, das heißt Kredit wird zur Übertragung von Kaufkraft, nicht Neuschaffung von Kaufkraft.

Damit haben wir nun die Grundzüge einer Antwort für die finanzpolitische Hauptfrage: Was sind die Grundsätze, nach denen die Regierung entscheiden soll, ob sie ihre Ausgaben durch Steuern, Kredite oder das Drucken neuer Banknoten finanzieren soll?

Der wichtigste Gesichtspunkt wird gegeben durch den Konjunkturzyklus: In Perioden der Prosperität, in denen die Wirtschaft der Vollbeschäftigung nahe ist, sind Steuern die zweckmäßigste Finanzierungsmethode. In dieser Situation wollen wir nicht zusätzliche Kaufkraft schaffen, sondern sie nur von den Staatsbürgern an den Staat übertragen. Auf dem Höhepunkt der Konjunktur, wenn Inflationsgefahren drohen, liegt es im Interesse der Stabilität, wenn die Regierung aus den Steuern mehr herausholt, als sie ausgibt. Der Überschuß kann entweder zur Tilgung der Staatsschuld verwendet werden oder, wenn die Gefahr besteht, daß die Umwandlung von Staatsschuldbeschreibungen in Zahlungsmittel (das heißt die Rückzahlung der Staatsschuld) die Gesamtnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen erhöhen

wird, aufgespeichert werden. Eine solche Gefahr besteht dann, wenn die Banken an der Grenze ihrer Reserven angelangt sind. Die Zahlungsmittel, die die Regierung im Austausch für ihre Schuldverschreibungen in Umlauf setzen würde, gerieten dann in die Banken und würden diese in die Lage versetzen, weitere Kredite zu gewähren. Schließlich: in der Krise oder wenn die Krise droht, soll die Regierung bewußt ein Defizit schaffen, das heißt mehr ausgeben als sie einnimmt und die Differenz durch das Drucken von Banknoten oder durch Bankkredite, das heißt durch die Schaffung zusätzlicher Zahlungsmittel finanzieren.

Es ist vielleicht nützlich, darauf aufmerksam zu machen, daß dieses Defizit keineswegs in allen Fällen zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden muß. Die sogenannten «radikalen» Ideen in der Finanzpolitik sind in der populären Darstellung so sehr mit öffentlichen Arbeiten identifiziert worden, daß man vor dieser Deutung ausdrücklich warnen muß. Öffentliche Arbeiten sind nur eine und nicht in allen Fällen die vernünftigste Form, in der die neue Finanzpolitik verwirklicht werden kann. Öffentliche Arbeiten, die aus Steuermitteln finanziert werden, werden nur in außerordentlichen Fällen zweckmäßig sein, das heißt die Gesamtnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen vermehren. Das wird dann der Fall sein, wenn die Steuern so angelegt sind, daß sie die laufende Nachfrage aus Privatquellen nicht reduzieren. Ein solches Resultat ist theoretisch eher vorstellbar als praktisch. Es könnte sich dann ereignen, wenn die Steuer völlig von reichen Leuten bezahlt wird, die trotz der Steuer ihren Lebensstandard unverändert aufrechterhalten. Das Wesentliche ist das Budgetdefizit, das heißt, daß die Ausgaben des Staates mehr betragen als die Einnahmen. Das kann dadurch erreicht werden, daß die Ausgaben vergrößert werden. Es kann aber auch das Resultat einer Verringerung der Einnahmen sein. Anders ausgedrückt: in der Krise kann der Staat entweder seine Ausgaben vergrößern (und seine Einnahmen unverändert belassen) oder seine Ausgaben unverändert belassen (und seine Einnahmen reduzieren). In beiden Fällen haben wir das erwünschte Resultat, nämlich das Defizit. Welche der beiden Methoden gewählt werden soll, hängt von den Umständen ab. Gibt es wichtige und vernünftige öffentliche Arbeiten, die dem Gesetzgeber wichtiger erscheinen als die Zwecke, zu denen die Steuerzahler das gleiche Geld verwenden würden, dann sind öffentliche Arbeiten vorzuziehen. Im umgekehrten Fall würde die Regierung, wenn eine Krise droht, ihre Steuern reduzieren und dadurch die Steuerzahler in die Lage versetzen, mehr auszugeben. Falls das nicht wirken sollte, das heißt falls die Krisenpsychologie so stark ist, daß die Staatsbürger das Geld für Ersparnisse verwenden, dann kann die Regierung

von dieser Methode zur andern übergehen; sie kann sich zum Beispiel das Geld von den Bürgern ausleihen und es selbst ausgeben.

Wer ist die «Regierung», von der wir die ganze Zeit sprechen? Es ist nicht die Verwaltung einer Stadt oder die Regierung eines Kantons (in den USA eines der achtundvierzig Bundesstaaten). Die Regierung, die wir ins Auge gefaßt haben, ist die Bundesregierung. Sie allein hat die Macht, die notwendig ist, um die hier vorgeführte Finanzpolitik zu verwirklichen. Sie allein verfügt über die Notenpresse, und sie allein hat (wenn sie nur will) unbegrenzten Kredit bei der Notenbank.

Ist die Bundesregierung imstande, die hier dargestellte Politik auszuführen? Drei Gruppen von Schwierigkeiten stellen sich ihr entgegen. Wir können sie nur andeutungsweise behandeln: Unwissenheit, die Probleme, die der internationale Handel und die internationale Finanz schaffen, und schließlich die Schwäche der Politiker. Über jede dieser außerordentlich bedeutsamen Fragen nur ein paar Worte.

Das Wort «Unwissenheit» gilt nicht nur für die breiten Massen, sondern auch für die Experten und Politiker, die die neue Finanzpolitik durchzuführen haben. Nicht nur muß der Widerstand von Tradition und Konvention überwunden werden. Es ist auch notwendig, daß wir viel mehr wissen, als wir uns gegenwärtig auch nur träumen lassen. Die Wirtschaftswissenschaft ist kaum so weit entwickelt, daß sie uns erlaubt, die wirtschaftliche Lage, in der wir sind, korrekt zu erkennen. Wir wissen nicht, ob wir am Ende einer Hochkonjunktur sind oder in ihrer Mitte; ob die Krise vor der Türe steht, oder die Konjunktur weitergehen wird usw. Beweis genug ist die falsche Diagnose der Washingtoner Ökonomen am Ende dieses Krieges! Diese Unwissenheit bedeutet nicht, daß die neue Politik unmöglich ist, sondern nur, daß man an sie nicht allzu hohe Forderungen stellen kann. Sie kann den Konjunktzyklus nicht verhindern (sofern das überhaupt radikal als wünschenswert bezeichnet werden kann), aber sie kann ihn vielleicht ebnen, die extremsten Formen vermeiden helfen. Und das allein wäre ein Erfolg, der des Schweißes der Größten würdig wäre.

Die Schwierigkeiten, die internationaler Handel und internationale Finanz der neuen Fiskalpolitik in einem Kleinstaat wie der Schweiz entgegenstellen, sind von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Nur eine dieser Schwierigkeiten sei hier kurz dargestellt. Ein System starrer Wechselkurse macht es für jedes Land, besonders aber für einen Kleinstaat, zum Gebot, an den Konjunkturschwankungen der Weltwirtschaft teilzunehmen. Gibt es auf dem Weltmarkt eine Krise, dann hat das gewöhnlich zur Folge, daß die Preise fallen. Ein Land, das dennoch Vollbeschäftigung beibehält — etwa, indem

es die hier für diesen Fall beschriebene Finanzpolitik eines Budgetdefizits verfolgt —, wird vermutlich stabile Preise bewahren. Das besagt aber, daß zwischen den Inlandpreisen und den fallenden Weltmarktpreisen ein Gefälle auftauchen wird, das Exporten abträglich, der Einfuhr aber zuträglich ist. Eine solche Veränderung des Außenhandels muß es aber der Notenbank schermachen, den Wechselkurs zu verteidigen. Die Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln muß steigen, die nach heimischen Zahlungsmitteln fallen. Das bedeutet zunächst, daß Gold abfließt, und da die Notenbank nicht über unbegrenzte Goldmengen verfügt, wird sie über kurz oder lang vor die Alternative gestellt, entweder den Wechselkurs preiszugeben oder die Preise im Lande zu senken. Eine solche Preissenkung, die auf dem Umweg über Kreditrestriktionen erfolgt, ist aber eine Krisenmaßnahme, die mit der Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung nicht vereinbar ist.

Die dritte Schwierigkeit, für die die Gegenwart reiche Beispiele bringen kann, hängt damit zusammen, daß die Staatsbürger ungern Steuern zahlen. Es ist daher für Politiker recht leicht, an Popularität zu gewinnen, wenn sie für eine Defizitwirtschaft eintreten, besonders wenn sie auf dem Wege der Steuersetzung vor sich geht. Die gleichen Politiker fürchten aber, höchst unpopulär zu werden, wenn sie in Zeiten der Hochkonjunktur für höhere Steuern eintreten. Die Schwierigkeit ist besonders groß, weil es keinen offenkundigen und allgemein verständlichen Grund für eine Steuererhöhung gibt. Denn der Steuerertrag ist nicht notwendig, um dringend nötige öffentliche Arbeiten zu finanzieren, was die Staatsbürger vermutlich noch verstehen würden, sondern nur deshalb, weil die Staatsbürger zu viel Geld haben. Es ist für eine Demokratie nicht leicht, den Staatsbürgern beizubringen, daß man ihnen Geld wegnehmen muß, besonders wenn die Begründung nicht einmal die ist, daß der Staat das Geld braucht.

Diese Fragen und noch viele andere, die wir hier nicht aufwerfen können, stehen zur Diskussion. Sie sind heiß umstritten, und selbst die Anhänger der modernen Theorie behaupten nicht, daß sie alle gelöst sind. Aber schon die ganze Betrachtungsweise stellt einen Fortschritt von gewaltiger Bedeutung dar. Sie besagt, daß wir uns allmählich von den beinahe beweislos gelehrt Dogmen der traditionellen Finanzpolitik befreien und ihre Anschauungen kritisch überprüfen.